



In case of reproduction, please mention source (ITF) • En cas de reproduction, veuillez mentionner la source (ITF) • Nachdruck bei Quellenangabe gestattet (ITF) • Var god ange källan vid eftertryck (ITF)

Nr. 4

April 1978

INHALT

Seite

Neues aus der ITF

ITF-Vorstand tagt in London	49
ITF-Symposium über Flugzeugentführungen und andere Formen des Terrorismus gegen die Zivilluftfahrt	50
Unterausschuß für Verkehrspolitik tagt in Wien	50
Fair-Practices-Ausschuß der ITF prüft Fortschritt der Kampagne gegen Schattenflaggen	51
ITF fordert Rückkehr zur Ursprungsflagge nach Unglück der AMOCO CADIZ	52
Asiatische Luftfahrtsgewerkschaften diskutieren Flugzeugentführungen und Terrorismus	52

Transport und Verkehr

IMCO-Konferenz über Tanksicherheit und Schutz der Meeresumwelt	53
--	----

Gewerkschaften

Europäischer Aktionstag für Vollbeschäftigung	54
---	----

Aus der Welt der Arbeit

Australische Hafenarbeiter fordern höhere Löhne	
Neue Lohnsätze für belgische Binnenschiffer	55
Großbritannien: Gewerkschaftsführer empfehlen Annahme von Lohnangebot	55
Neue Tarifregelung für Londoner Autobuspersonal	56
Israel: Seeleutestreik endet	56
Kanada: Neuer Tarifvertrag für Hafenarbeiter in Britisch-Kolumbien	56
Vertragsverhandlungen für Schifffahrt auf Großen Seen stoßen auf Schwierigkeiten	57
Schweden: Gewerkschaftsproteste bringen erhöhte Bemannung	57
Neue Tarifvereinbarung für Arbeitnehmer im privaten Sektor	57
New York: Autobus- und U-Bahnstreik vermieden	58

Kurznachrichten

58

	<u>Seite</u>
<u>Nachruf: Hans Düby</u>	60
<u>Personalien</u>	61
<u>Bevorstehende Tagungen</u>	62
<u>Anhang 1: IBFG-Manifest zum 1. Mai</u>	
<u>Anhang 2: ITF-Eingabe über Gruppierungen von Luftfahrtsgesellschaften an den IIME-Ausschuß der OECD</u>	

NEUES AUS DER ITF

ITF-Vorstand tagt in London

Am 13. und 14. März 1978 fand in London eine Sitzung des ITF-Vorstandes statt.

Im Zusammenhang mit der üblichen Diskussion des Berichtes über die Tätigkeit der ITF im letzten Halbjahr verurteilte der Vorstand die Verhaftung des Kollegen Abderrazak Ayoub, Erster Stellvertretender Generalsekretär der Tunesischen Eisenbahnerföderation, und eines der afrikanischen Mitglieder des ITF-Vorstandes. Der Vorstand beschloß, daß die ITF die vom IBFG bei der IAO wegen Verletzung der Gewerkschaftsrechte eingereichte Beschwerde gegen die tunesische Regierung unterstützen sollte und daß ein Telegramm an die tunesische Regierung entsandt werden sollte, in dem gefordert wird, daß alle in Haft befindlichen Personen baldigst vor Gericht gebracht und daß ein faires, der Öffentlichkeit zugängliches Verfahren mit voller Rechtsvertretung gegen sie eingeleitet werden sollte.

Auf eine Frage des Kollegen Murakami erklärte der Generalsekretär, daß die ITF weiterhin Druck auf die japanische Regierung ausüben werde, um sie zu bewegen, den Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst volle Gewerkschaftsrechte, einschließlich des Streikrechts, zu gewähren. Er versprach ferner, daß die ITF sich auf der kommenden Internationalen Arbeitskonferenz mit allen Mitteln bemühen werde, die Diskussionen über die Gewerkschaftsrechte der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst Japans einem erfolgreichen Ende zuzuführen.

Mehrere Mitglieder des Vorstandes gaben ihrer Besorgnis über die andauernde Verfolgung von Gewerkschaftern in Argentinien Ausdruck. Der Vorstand war der Ansicht, daß dieses Problem näher untersucht werden sollte und forderte die ITF ferner auf, ihre Tätigkeit in Peru, Bolivien und Ekuador zu stärken, da in diesen drei Ländern nach einer langen totalitären Herrschaft demnächst demokratische Wahlen stattfinden sollen. Außerdem beschloß der Vorstand, daß die ITF in einem Telegramm an Präsident Somoza die Unterdrückung der Gewerkschafts- und Bürgerrechte in Nicaragua verurteilen sollte.

Der Vorstand nahm, abhängig von der befriedigenden Erledigung noch ausstehender Formalitäten, Beitrittsgesuche von Gewerkschaften in Australien, Antigua, Japan, Pakistan, Portugal, Togo und den Weihnachtsinseln (Indischer Ozean) an.

Als nächstes beschloß der Vorstand, die Einladung des ITF-Kongresses 1980 nach Miami (USA) anzunehmen.

Der Vorstand beschloß einstimmig, daß dem Kollegen E. Greve Petersen (ehemaliger Vorsitzender der ITF-Sektion der Eisenbahner und bis vor kurzem Präsident der Dänischen Gewerkschaft des Lokomotivpersonals) in Anerkennung seiner Verdienste um die ITF das Goldene Abzeichen der ITF verliehen werden sollte. Ake Selander (Stellvertretender Generalsekretär der ITF) wird dem Kollegen Petersen das Abzeichen auf dem im Mai 1978 stattfindenden Gewerkschaftstag des dänischen Lokomotivpersonals überreichen.

Auf Einladung der österreichischen Gewerkschaft der Eisenbahner wird die nächste Vorstandssitzung am 17. und 18. Oktober 1978 in Wien stattfinden.

INTERNATIONALES

ITF-Symposium über Flugzeugentführungen und andere Formen des Terrorismus gegen die Zivilluftfahrt

Am 6. und 7. April 1978 fand in Bonn ein Internationales Symposium über Flugzeugentführungen und andere Formen des Terrorismus gegen die Zivilluftfahrt statt, an dem Vertreter von ITF-Luftfahrtsge-
werkschaften aus Europa, dem Nahen Osten, Asien und den USA teilnahmen. Herr H. Ruhnau, Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, erläuterte die Haltung der Bundesregierung zu dem Problem. Die Stellungnahme der Luftfahrtsge-
sellschaften wurde von Herrn G. Frühe, Mitglied des Hauptvorstandes der Lufthansa, und zwei Vertretern der IATA -- Herr Harris und Herr Loos -- dargelegt.

Das Symposium bot eine wertvolle Gelegenheit für einen Meinungsaustausch zwischen den drei Parteien (Arbeitgeber, Regierungen und Gewerkschaften), die ein gemeinsames Interesse an der Sicherheit der Zivilluftfahrt teilen. Im Laufe der Diskussionen wurden verschiedene Methoden der Verbesserung der Sicherheit von Flugzeugen und Flughäfen erörtert. Gleichzeitig wurde bedauert, daß Personen, die Verbrechen gegen Fluggäste, Flugzeuge und Flughafeninstalla-
tionen begehen, allzuoft ungestraft davonkommen. Außerdem wurde diskutiert, wie man am besten bei Entführungsanschlägen und Bombendrohungen verfährt.

Die auf dem Symposium vertretenen Mitgliedsverbände bekräftigten die bestehende ITF-Politik, gemäß der Mitgliedsverbände -- in Zusammenarbeit mit Staaten, die dazu bereit sind -- Sanktionen gegen jene Länder in die Wege leiten sollen, die weiterhin gegen die öffentliche Meinung sowie die Grundsätze der einschlägigen internationalen Zivilluftfahrtsabkommen (angenommen in Tokio, Den Haag und Montreal) verstossen.

Unterausschuß für Verkehrspolitik tagt in Wien

Am 21. und 22. März 1978 fand in Wien eine Sitzung des Unterausschusses für Verkehrspolitik der Sektion Eisenbahn statt. Die Tagesordnung lautete wie folgt:

- Kriterien der staatlichen Infrastrukturpolitik unter Gesichtspunkten der Diskussion über Umwelt, Energie- und Raumordnung und die Eisenbahn.
- Was kann die Eisenbahn selbst tun, um attraktivere Leistungen anzubieten?

Zu beiden Themenkreisen wurden Entwürfe vorgelegt, die zu einem späteren Zeitpunkt der Vollkonferenz der Sektion zur Beschlussfassung unterbreitet werden sollen.

Der Unterausschuß diskutierte ferner die katastrophale verkehrspolitische Situation in Europa. In diesem Zusammenhang werden alle diesbezüglichen gewerkschaftlichen Aktionen, die zur Aufklärung der Öffentlichkeit dienen, in Europa begrüßt und unterstützt.

Fair-Practices-Ausschuß der ITF prüft Fortschritt der Kampagne gegen Schattenflaggen

Am 15. und 16. März 1978 fand in London eine Sitzung des Fair-Practices-Ausschusses der ITF statt, an der 54 Mitglieder, Berater und ITF-Schiffsinspektoren aus 17 Ländern sowie weitere 31 Beobachter -- einschließlich der ITF-Regionalvertreter -- aus weiteren 10 Ländern teilnahmen. Den Vorsitz führte K.Mols Sørensen von der Dänischen Gewerkschaft der Steuerleute.

Im Laufe der Diskussion des Tätigkeitsberichtes für die letzten zwölf Monate bekräftigten die Delegierten erneut ihre Unterstützung der allgemeinen Ziele der Kampagne und stellten mit Befriedigung fest, daß während der Berichtszeit die Nachzahlung ausstehender Steuern in Höhe von insgesamt \$9 Millionen erzwungen wurde. Der Ausschuß war sich bewußt, daß noch viele Probleme ungelöst bleiben, nahm jedoch mit Genugtuung zur Kenntnis, daß selbst auf Schiffen, die nicht unter Verträgen stehen, eine allgemeine Verbesserung eingetreten ist. Zwecks Untersuchung und Weiterverfolgung zahlreicher Vorschläge bezüglich der künftigen Gestaltung und möglichen Erweiterung der ITF-Kampagne ernannte der Fair-Practices-Ausschuß einen Unterausschuß, der sich aus den beiden Vorsitzenden, K.Mols Sørensen und C.H. Fitzgibbon, und dem ITF-Generalsekretär Harold Lewis zusammensetzt; unter Mitwirkung von Ake Selander (Stellvertretender Generalsekretär) und Brian Laughton (Sekretär der Sondersektion für Seeleute) als technische Berater. Der Kleine Unterausschuß des Wohlfahrtsfonds wurde beauftragt, eine große Anzahl von Ansuchen um Zuwendungen aus dem Wohlfahrtsfonds zu prüfen und dem Fair-Practices-Ausschuß bei nächster Gelegenheit Bericht zu erstatten.

Der Ausschuß bedauerte die Tatsache, daß viele Reeder Charterverträge übernehmen, ohne für die Besatzungen der betreffenden Schiffe die erforderlichen Verträge mit der ITF abzuschließen, selbst wenn dies im Chartervertrag vorgesehen ist, um das Schiff vor etwaigen Boykotten oder anderen gewerkschaftlichen Maßnahmen zu schützen. Der Sekretär der Sondersektion erklärte, daß das ITF-Sekretariat jederzeit bereit sei, charternden Unternehmern mitzuteilen, ob ein gechartertes Schiff unter ITF-Vertrag steht oder nicht.

Der Ausschuß beauftragte das ITF-Sekretariat, die Situation in Westsamoa und Tonga sorgfältig im Auge zu behalten, weil man dort versucht, unter dem Deckmantel der Entwicklungshilfe billige Schiffsbesatzungen anzuheuern.

Bei der Diskussion der künftigen Tätigkeit der ITF-Sondersektion bekräftigten die Delegierten einstimmig die bestehende ITF-Politik, insbesondere daß Reeder gezwungen werden sollten, ihre unter Schattenflaggen registrierten Schiffe auf die Flagge des Landes der nutznießenden Eigentümerschaft umzuregistrieren. Die Delegierten beschlossen außerdem, daß alle Regierungen aufgefordert werden sollten, so schnell wie möglich das IAO-Übereinkommen Nr. 147 über Mindestnormen für Handelsschiffe zu ratifizieren. Sie begrüßten in diesem Zusammenhange, daß acht nordeuropäische Staaten beschlossen haben, dieses Übereinkommen in der Zwischenzeit zu erfüllen, indem sie sicherstellen, daß die in ihre Häfen einlaufenden Schiffe die vorgeschriebenen nationalen Normen erfüllen.

Im Anschluß an die Sitzung des Fair-Practices-Ausschusses fand eine Sitzung der ITF-Schiffsinspektoren statt.

ITF fordert Rückkehr zur Ursprungsflagge nach Unglück der AMOCO CADIZ

Im April d.J. erlitt der unter der Flagge Liberias registrierte Riesentanker AMOCO CADIZ (233.690 Tonnen) vor der französischen Küste Schiffsbruch, was eine weitverbreitete Verunreinigung der Küste der Bretagne und eine ernste Schädigung der Meeresumwelt mit sich brachte. In Anbetracht dessen wird die ITF entweder direkt oder über angeschlossene nationale Gewerkschaften an Regierungen herantreten und beantragen, daß die Beförderung von Petroleum und anderen verunreinigenden Substanzen auf Schattenflaggenschiffen verboten werden und eine gestaffelte Rückkehr dieser Schiffe zur Flagge eines anerkannten traditionellen Schiffahrtslandes erfolgen wollte. Wenn man in Zukunft ähnliche Unglücke vermeiden will, ist es unbedingt notwendig, die Anforderungen in bezug auf Ausbildung und berufliche Kenntnisse zu erhöhen, insbesondere was die Besatzungen von großen Tankschiffen betrifft. Ein geeigneter Weg in dieser Richtung wäre die Verschärfung der Empfehlungsentwürfe, die auf der im Juni d.J. stattfindenden Internationalen Konferenz über die Ausbildung und Befähigungen von Seeleuten diskutiert werden sollen.

Mit Bezug auf die Strandung der AMOCO CADIZ wird die ITF auf Ebene der IMCO außerdem den Antrag unterstützen, daß Öltanker Schiffahrtsstraßen benutzen sollen, die möglichst weit von der Küste entfernt liegen und daß Kapitäne verpflichtet sein sollen, die Behörden des Küstenstaates unverzüglich zu verständigen, falls ihr Schiff in irgendwelche Schwierigkeiten gerät.

Außerdem hat die ITF erneut auf eine beschleunigte Ratifizierung des Übereinkommens zur Verhütung der Verunreinigung der Meeresumwelt (1973) und des SOLAS-Abkommens (1974) gedrungen, um sicherzustellen, daß die auf der IMCO-Konferenz im Februar d.J. gutgeheißenen Maßnahmen über die Sicherheit von Tankschiffen und den Schutz der Meeresumwelt so schnell wie möglich zur Anwendung gelangen können. In der Zwischenzeit sollten die Reeder unter sich vereinbaren, die Empfehlungen der IMCO-Konferenz auf freiwilliger Basis zu erfüllen. Noch wichtiger ist es, daß Regierungen, falls notwendig, auf regionaler Ebene koordinierte Schritte zur Erzwingung der Erfüllung der Normen betreffend Befähigungen der Besatzungen, Navigationshilfen und andere Sicherheitsausrüstungen unternehmen.

Die ITF wird weiterhin darauf bestehen, daß Liberia die versprochene Untersuchung des Unglücks in der Öffentlichkeit vornimmt und daß die Ergebnisse dieser Untersuchung vor der oben erwähnten Konferenz, die im Juni stattfindet, veröffentlicht werden. Außerdem sollte die liberische Regierung das Ergebnis der in Rotterdam vorgenommenen Voruntersuchung veröffentlichen.

ASIEN

=====

Asiatische Luftfahrtsgewerkschaften diskutieren Flugzeugentführungen und Terrorismus

Rund 40 Delegierte von Zivilluftfahrtsgewerkschaften in den Philippinen, Malaysia, Thailand, Singapur, Indien, Pakistan, Japan und Australien waren auf einer Asiatischen Regionalkonferenz für die der ITF angeschlossenen Zivilluftfahrtsgewerkschaften vertreten, die vom 27. bis 31. März 1978 in Manila stattfand.

Die einzelnen Diskussionsthemen (Beschäftigungssicherheit, Gewerkschaftsrechte und Menschenrechte, berufliche Sicherheit und Gesundheit) wurden von Funktionären drei amerikanischer Luftfahrtsgewerkschaften eingeleitet. Die Konferenz nahm eine Reihe von Empfehlungen an, in denen die ITF aufgefordert wird, sicherzustellen, daß die Interessen der ihr angeschlossenen asiatischen Gewerkschaften des Luftfahrtspersonals gebührend berücksichtigt werden.

Besondere Aufmerksamkeit widmete die Konferenz dem Problem der Flugzeugentführungen, Sabotage und Terroranschläge gegen Flugzeuge und Flughafeninstallationen. Die Konferenzteilnehmer unterstützten ebenfalls die diesbezügliche ITF-Politik, gemäß der das Luftfahrtspersonal koordinierte Maßnahmen gegen Staaten ergreifen sollte, die Terroristen weiterhin Vorschub leisten oder Obdach bieten.

TRANSPORT UND VERKEHR

INTERNATIONALES

=====

IMCO-Konferenz über Tankersicherheit und Schutz der Meeresumwelt

Vertreter aus 62 Schiffahrtsländern nahmen vor kurzem in London an einer zweiwöchigen IMCO-Konferenz teil, auf der eine beachtliche Anzahl von Empfehlungen und Vorschriften in bezug auf Tankersicherheit und den Schutz der Meeresumwelt angenommen wurde um ähnliche Schiffsunglücke wie das der Tanker TORREY CANYON und ARCO MERCHANT zu vermeiden.

Die auf der Konferenz gutgeheißenen Maßnahmen zur Kontrolle der Verunreinigung der Meere durch Rohöl werden Anhänge zu den Protokollen zwei wichtiger internationaler Schiffahrtsabkommen bilden, nämlich des Abkommens über den Schutz der Meeresumwelt vom Jahre 1973 und des neuen SOLAS-Abkommens vom Jahre 1974. Die genannten Kontrollmaßnahmen werden sowohl für neue als auch für im Einsatz befindliche Schiffe gelten. Rohöltanker mit einem Fassungsvermögen über eine bestimmte Grenze müssen mit separaten Ballasttanks sowie mit Spülanlagen ausgestattet werden. Auf Neubauten sind Ausrüstungen dieser Art von vornherein obligatorisch.

Zwecks Verbesserung der Tankersicherheit wird die Ausstattung der Schiffe mit Radar und einem verdoppelten Fernsteuersystem vorgeschrieben sowie eine ganze Reihe wichtiger Verfahren bezüglich der Inspektion und Zulassung von Tankschiffen. U.a. wurde die Zeitspanne zwischen Inspektionen reduziert, und außerdem wurden obligatorische jährliche Überprüfungen der Schiffe vorgesehen. Die Konferenz nahm eine EntschlieÙung an, in der die IMCO aufgefordert wird, bis zum 1. Juli 1979 Normen und Verhaltensvorschriften zur Verhütung von Schiffszusammenstößen auszuarbeiten und vorzuschreiben, daß diese Vorschriften an Bord aller Schiffe über 10.000 BRT geführt werden. Ferner wird die IMCO ersucht, einen Schifffahrtssicherheitscorps von Experten zu bilden, die jenen Ländern zur Verfügung gestellt werden, in denen es an ordnungsgemäß befähigtem und erfahrenem Personal mangelt, um es auch diesen Ländern zu ermöglichen, die genannten Sicherheits- und Umweltschutzvorschriften zu erfüllen.

An der Konferenz nahmen Vertreter angeschlossener Seelautengewerkschaften aus Dänemark, den Niederlanden, Norwegen, Schweden und den USA teil, entweder als Teil ihrer Landesdelegation oder der ITF/IBFG-Delegation.

GEWERKSCHAFTEN

EUROPA

=====

Aktionstag für Vollbeschäftigung

Am 5. April, der vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) zum "Europäischen Aktionstag für Vollbeschäftigung" erklärt worden war, veranstalteten Arbeitnehmer in 18 europäischen Ländern Kundgebungen in Unterstützung von Vorschlägen und Maßnahmen, die auf eine beschäftigungsorientierte Investitionspolitik, eine Stärkung der Verbraucherkauflkraft, eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Ausweitung des öffentlichen Sektors abzielen. Der Schwerpunkt dieser Kundgebungen war von Land zu Land unterschiedlich. Gleichzeitig fanden Pressekonferenzen, Unzüge und Demonstrationen statt. In mehreren Ländern erfolgten kurzfristige Arbeitsniederlegungen, um die Öffentlichkeit auf die sich aus der Arbeitslosigkeit ergebenden Probleme aufmerksam zu machen.

Der EGB wurde seinerseits bei der EWG-Kommission, dem Europarat verschiedenen europäischen Arbeitgeberorganisationen vorstellig und drang auf eine Koordinierung geeigneter Maßnahmen auf europäischer Ebene mit dem Ziele eines weiteren wirtschaftlichen Wachstums.

AUS DER WELT DER ARBEIT

AUSTRALIEN

Hafenarbeiter fordern höhere Löhne

Infolge des ergebnislosen Abbruchs der Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag für die nächsten 2 Jahre haben Hafenarbeiter in mehreren australischen Häfen kurzfristige Streiks und Protestkundgebungen in Unterstützung ihrer Forderungen durchgeführt. Die der ITF angeschlossene Australische Hafenarbeiterföderation fordert eine Erhöhung der wöchentlichen Grundlöhne um A\$ 25 als Entschädigung für den Anstieg der Lebenshaltungskosten während der Laufzeit des letzten Tarifvertrages und als Abgeltung für die in den letzten Jahren realisierte Erhöhung der Produktivität. Der gegenwärtige Tarifvertrag läuft am 1. Mai 1978 ab.

BELGIEN

Neue Lohnsätze für Binnenschiffer

Die der ITF angeschlossene Belgische Transportarbeitergewerkschaft (BTB) hat für die ihr angehörenden Binnenschiffer eine neue Tarifvereinbarung getroffen, die am 1. April 1978 in Kraft getreten ist und folgende Heuersätze vorsieht:

Schiffsführer - zwischen bfr 24.188 und bfr 35.486 pro Monat
je nach Grösse des Schiffes und Fahrt

Steuerleute bfr 25.771 auf Schiffen bis zu 1000 Tonnen
(mit Befähigung) und bfr 26.225 auf grösseren Schiffen

Steuerleute
(ohne Patent) bfr 25.092 bzw. bfr 25.318

Matrosen - bfr 20.010 bis 23.512 je nach Schiffsgrösse und Art
der Fahrt

Schiffsjungen zwischen bfr 18.340 und bfr 20.372
(ab 2. Dienstjahr)

Die neuen Heuersätze für die Schubschiffahrt und Continuefahrt
sind wie folgt: Kapitän - bfr 38.831 (ausschliesslich Zulagen)

1. Steuermann - bfr 35.211

2. Steuermann - bfr 33.143

Matrose - bfr 30.038

GROSSBRITANNIEN

Gewerkschaftsführer empfehlen Annahme von Lohnangebot

Die führenden Funktionäre der drei der ITF angeschlossenen britischen Eisenbahnergewerkschaften (NUR, ASLEF und TSSA) werden den Hauptvorständen ihrer Organisationen empfehlen, ein von der britischen Eisenbahnverwaltung gemachtes Lohnangebot zu akzeptieren. Das Angebot

sieht vor, daß die in Phase 1 und 2 der Lohnpolitik der britischen Regierung gemachten Erhöhungen künftig Teil des Grundlohnes bilden werden (was bei der Berechnung von Überstunden sehr wichtig ist) und daß die für London zahlbare Teuerungszulage von £318 auf £350 erhöht werden soll. Die neuen Lohnsätze sollen rückwirkend ab 24. April 1978 eingeführt werden.

Über eine Produktivitätszulage in Höhe von 3 bis 5 Prozent wird weiter verhandelt.

Neue Tarifregelung für Londoner Autobuspersonal

Die Britische Transportarbeitergewerkschaft (Mitglied der ITF) hat für 12.500 auf Autobussen der Londoner Verkehrsbetriebe beschäftigte Mitglieder eine neue Tarifvereinbarung getroffen, die folgende Verbesserungen vorsieht: Autobusfahrer im Einmannbetrieb -- Wochenlohn erhöht von £56,75 auf £67,00; Autobusfahrer auf Bussen mit Schaffner -- erhöht von £49,15 auf £57,10 (dies sind die Grundlöhne für eine 40-Stunden-Woche). Bei Einbeziehung der darüber hinaus zahlbaren Zulagen (gespaltene Arbeitsschichten, regelmäßige Überstunden, Zulage für Früh- und Spätdienst) erhöhen sich die Wochenlöhne um insgesamt zwischen £9 und £11. Die neuen Lohnsätze traten am 1. April dieses Jahres in Kraft.

ISRAEL

=====

Seeleutestreik endet

Am 8. April endete ein im Februar begonnener Streik der israelischen Seeleute, nachdem die zuständigen Gewerkschaften (Israelische Seeleutegewerkschaft und Israelische Schiffsoffiziersgewerkschaft) ein Angebot der Reeder auf Erhöhung der Heuern um 20 bzw. 25% angenommen hatten. Die ursprüngliche Forderung der Gewerkschaften wurde an eine Schlichtungsinstanz verwiesen.

sh. auch ITF-Nachrichten Nr. 2, 1978

KANADA

=====

Neuer Tarifvertrag für Hafentarbeiter in Britisch-Kolumbien

Die kanadische Branche der uns angeschlossenen International Longshoremen's and Warehousemen's Union hat für die in Britisch-Kolumbien beschäftigten Hafentarbeiter einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen, der für ein Jahr gilt und folgende Verbesserungen vorsieht:

- Erhöhung der Stundenlöhne um 50 cent;
- Höhere Arbeitgeberbeiträge an Zusatzkassen für Wohlfahrtszwecke und Arbeitslosigkeit.

Die Anwendung dieses Tarifvertrages bedarf jedoch noch der Zustimmung der Staatlichen Kanadischen Tarifbehörde.

Vertragsverhandlungen für Schifffahrt auf Großen Seen stoßen auf Schwierigkeiten

Die der ITF angeschlossene SIU verhandelt mit den für die Schifffahrt auf den Großen Seen und dem St. Lawrence Strom zuständigen Reedern in Anwesenheit eines Schlichters weiterhin über einen neuen Heuertarifvertrag für die in den genannten Schifffahrtsbereichen beschäftigten Seeleute. Die ersten Verhandlungen zwischen den Tarifpartnern wurden aufgrund der unbiegsamen Haltung der Arbeitgeber nach wenigen Tagen als ergebnislos abgebrochen. Falls keine befriedigende Einigung herbeigeführt werden kann, beabsichtigt die Gewerkschaft, Streikmaßnahmen zu ergreifen.

SCHWEDEN

=====

Gewerkschaftsproteste bringen erhöhte Bemanning

Die der ITF angeschlossene Schwedische Gewerkschaft der Schiffingenieure hat am 22. März eine Streikdrohung gegen das Motorschiff BREMÖN und vier Schwesterschiffe zurückgezogen, nachdem sich deren Reeder bereit erklärt hatten, auf der MS BREMÖN künftig zwei Ingenieure zu beschäftigen. Auf langen Fahrten soll auch ein dritter Navigationsoffizier eingesetzt werden. Das genannte Schiff war im gewissen Sinne ein Testfall für die schwedische Regierung im Zusammenhang mit der von ihr geplanten Mindestbesatzungspolitik. Im November 1977 wurde es den Reedern des Schiffes von den zuständigen Behörden gestattet, die Gesamtbesatzung um fünf Mann zu reduzieren, und einen Monat später erlaubte die Regierung eine Reduzierung der an Bord beschäftigten Offiziere auf einen Chefindingenieur und zwei Navigationsoffiziere.

Die beiden zuständigen Gewerkschaften haben gegen den letzteren Beschluß der Regierung kategorisch protestiert. Sie sind der Ansicht, daß durch die reduzierte Anzahl von Offizieren eine Gefährdung der betrieblichen Sicherheit gegeben ist. Die schwedische Schifffahrtsverwaltung teilt diese Ansicht und hat der Regierung nahegelegt, von der genannten Reduzierung Abstand zu nehmen.

Die Proteste der beiden schwedischen Offiziersgewerkschaften wurden von der Schwedischen Transportarbeiterföderation voll unterstützt.

Neue Tarifvereinbarung für Arbeitnehmer im privaten Sektor

Der Schwedische Gewerkschaftsbund (LO) und die Föderation der Privatbediensteten (PTK) haben eine neue Tarifvereinbarung für 1,4 Millionen im privaten Sektor beschäftigte Arbeitnehmer getroffen, die vom 1. Februar 1978 bis zum 31. Oktober 1979 gilt und den betreffenden Arbeitnehmern (es handelt sich um Büro- und Aufsichtspersonal) eine Erhöhung ihrer Löhne um 1,6% dieses Jahres und um weitere 2,6% im Jahre 1979 sicherstellt. Im Falle der manuellen Arbeiter betragen diese Erhöhungen 1,9% bzw. 3,1%.

Falls die Lebenshaltungskosten im Jahre 1978 um mehr als 7,25% (oder im Jahre 1979 um mehr als 5%) ansteigen, werden weitere Verhandlungen stattfinden.

USA

===

New York: Autobus- und U-Bahnstreik vermieden

Die der ITF angeschlossene Amerikanische Transportarbeitergewerkschaft (TWU) hat am 1. April einen neuen zwei Jahre geltenden Tarifvertrag für 31.000 bei den Verkehrsbetrieben von New York beschäftigte Arbeitnehmer (Autobus- und U-Bahnpersonal) abgeschlossen. Diese Tarifeinigung kam erst wenige Stunden vor Beginn eines von der Gewerkschaft angedrohten Streiks zustande. Der neue Tarifvertrag sieht eine Erhöhung der Löhne um 6% ab 1. Juli d.J. vor sowie die Konsolidierung der seit 1975 gewährten Teuerungszulagen in den Grundlohn. Außerdem wird jeder Arbeitnehmer nach Ratifizierung des Vertrages eine einmalige Pauschalzahlung in Höhe von \$250 erhalten.

Die ebenfalls der ITF angeschlossene United Transportation Union (UTU) hat mit den zuständigen Arbeitgebern einen neuen Vertrag für 1.400 Schaffner und Bremser der Long Island Rail Road abgeschlossen, die eine wichtige Strecke im Pendlerverkehr von New York beführt. Auch hier konnte in letzter Minute ein Streik vermieden werden. Der neue Vertrag sieht zwei rückwirkende Erhöhungen der Löhne vor, und zwar um 2,5% ab 1. Juli 1976 und um 4% ab 1. Juli 1977 sowie eine bevorstehende Erhöhung um 6% ab 1. Juli dieses Jahres.

KURZNACHRICHTEN

Belgien: Am 23. und 24. März fand ein 48-stündiger Streik der Besatzungen der zwischen Ostende und Dover verkehrenden Fährschiffe statt. Dieser Streik war in Unterstützung einer Forderung auf Reduzierung der Zahl der Fahrten während der Hochsommersaison von 19 auf 16 Fahrten pro Monat.

Das im Dienste der Luftfahrtsgesellschaft Sabena stehende Bodenpersonal führte Anfang April in Brüssel einen einwöchigen Streik in Unterstützung seiner Forderungen für einen neuen Kollektivvertrag, einschließlich einer gestaffelten Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit und lohnmäßige Gleichstellung der technischen Arbeitnehmer mit denen des Verwaltungssektors, durch. Das Bodenpersonal ist der ITF über die Belgische Gewerkschaft der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst angeschlossen.

Der Dänische Gewerkschaftsbund (IO) hat mit dem Ziele einer allgemeinen Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze die Einführung einer fünften Urlaubswoche für alle dänischen Arbeitnehmer sowie die obligatorische Pensionierung im Alter von 65 Jahren für alle im öffentlichen Sektor beschäftigten Personen gefordert.

Griechenland: Am 4. April führten die auf einem griechischen Fahrgastschiff beschäftigten Offiziere und Mannschaftsdienstgrade einen 24-stündigen Streik durch, nachdem die Verhandlungen über einen neuen Heuertarifvertrag gescheitert waren. Die der ITF angeschlossene Panhellenische Seeleuteföderation, der die betreffenden Seeleute angehören, hat das letzte Tarifangebot der Reeder abgelehnt und hofft nunmehr, verbesserte Zulagen auszuhandeln.

Vom 13. bis 17. April verweigerten die isländischen Hafentarbeiter die Verladung von Exportfracht, um die Regierung zu bewegen, eine höhere Teuerungszulage als Abgeltung für den Anstieg der Lebenshaltungskosten zu zahlen.

Indien: Die Hafentarbeiter von Bombay (Mitglieder der uns angeschlossenen Indischen Transport- und Hafentarbeitergewerkschaft) haben am 14. April eine Forderungskundgebung durchgeführt, um die Abschaffung bestimmter Vorschriften durchzusetzen, die jeden Hafentarbeiter verpflichten, ein bestimmtes Frachtvolumen zu verladen. Gleichzeitig beantragten die Hafentarbeiter die Wiederherstellung der unter der kürzlichen Notstandsgesetzgebung suspendierten Zulagen und Privilegien. Diese Forderungsaktion war erfolgreich, und die genannte Gewerkschaft hat mit der Hafenbehörde bereits eine Interimsregelung getroffen.

Irland: Auf einer vom Irischen Gewerkschaftsbund einberufenen Sonderkonferenz haben Vertreter der zuständigen Gewerkschaften die nationalen Tarifvorschläge für das Jahr 1978 gutgeheißen. Die neue Tarifregelung gilt für 15 Monate und sieht eine gestaffelte Erhöhung der Löhne um insgesamt 8% im Laufe dieses Jahres vor und um weitere 2% während der restlichen drei Monate.

Israel: Die Fluggesellschaft El Al hat nach einer dreiwöchigen Suspendierung ihren Flugbetrieb wieder aufgenommen. Die Einstellung des Flugbetriebes erfolgte infolge von Protestaktionen der Arbeitnehmer im Zusammenhang mit Forderungen für einen neuen Kollektivvertrag. Die Tarifpartner haben sich nunmehr geeinigt, binnen drei Monaten einen neuen Vertrag auszuhandeln.

Portugal: Der nationale Mindestlohn für portugiesische Industriearbeiter ist von 4.500 auf 5.700 Escudos erhöht worden und der Mindestlohn der landwirtschaftlichen Arbeiter von 3.500 auf 4.600 Escudos.

Die Regierung der Demokratischen Republik Somali hat ihre Beitrittsurkunde zur Zwischenstaatlichen Beratenden Organisation für Seeschifffahrt (IMCO) hinterlegt. Damit erhöht sich die Zahl der IMCO-Mitgliedsstaaten auf 105 Vollmitglieder und ein assoziiertes Mitglied.

Türkei: Am 23. April begann das im Flughafen von Istanbul beschäftigte Bodenpersonal der staatlichen türkischen Luftfahrtsgesellschaft (Mitglieder der uns angeschlossenen Türkischen Gewerkschaft des Luftfahrtpersonals (HAVA-IS)) einen unbefristeten Streik infolge des ergebnislosen Abbruchs der Tarifverhandlungen. Durch diesen Streik wurden alle Flüge der türkischen Luftfahrtsgesellschaft aus Istanbul stillgelegt.

N A C H R U F

Hans Düby

Mit tiefem Schmerz müssen wir mitteilen, daß der ehemalige ITF-Präsident Hans Düby in der Nacht vom 30. zum 31. März 1978 im Alter von 72 Jahren verstorben ist.

Hans Düby begann seine berufliche Tätigkeit als Eisenbahner und wurde später Generalsekretär und schließlich Präsident des Schweizerischen Eisenbahnverbandes (SEV). Im letzteren Amt verblieb er von 1969 bis zu seiner wohlverdienten Pensionierung am Ende des Jahres 1971. Auf nationaler Ebene diente Hans Düby der Gewerkschaftsbewegung seines Heimatlandes als Präsident des Föderativverbandes des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe und seit 1961 als Vizepräsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Auch war er viele Jahre lang ein prominenter Parlamentarier, der im Nationalrat dafür sorgte, daß die Stimme der Eisenbahner in den höchsten Räten des Landes Gehör fand.

In der ITF war Hans Düby fast 30 Jahre lang aktiv. Im Jahre 1950 erfolgte seine Wahl in den Ausschuß der Sektion Eisenbahn. Sechs Jahre später wurde er Mitglied des derzeitigen Exekutivkomitees der ITF. Seine Fähigkeiten wurden sehr bald erkannt, und im Jahre 1969 wurde er Vizepräsident und fünf Jahre später Präsident der ITF. Er ist der zweite ITF-Präsident, der vom SEV kommt, da sein Vorgänger, Robert Bratschi, in den 50er Jahren ebenfalls vier Jahre lang Präsident unserer Föderation war. Auf dem 75. Jubiläumskongreß der ITF im Jahre 1971 nahmen die Delegierten mit großem Bedauern zur Kenntnis, daß Hans Düby sich nicht zur Wiederwahl stellen würde.

Seine Bescheidenheit und Menschlichkeit erwarben ihm viele gute Freunde in der ITF. Sie und alle Mitglieder des Sekretariats, die Hans Düby gekannt und geschätzt haben, werden ihn sicher sehr vermissen.

Frau Edith Düby und die Trauerfamilie möchten allen ITF-Freunden für die beim Hinschied von alt ITF-Präsident Hans Düby in großer Zahl zugestellten Beileidsbezeugungen recht herzlich danken und bittet um Verständnis dafür, daß nicht alle Zuschriften einzeln verdankt werden können.

PERSONALIEN

ITF-Vizepräsident Jack Jones hat sein Amt als Generalsekretär der Britischen Transportarbeitergewerkschaft (TGWU) am 29. März 1978 wegen Erreichen des Rücktrittsalters niedergelegt. Jack Jones wurde im Alter von 26 Jahren hauptamtlicher Funktionär der TGWU und begann damit eine lange und ehrenvolle gewerkschaftliche Laufbahn, bis er schließlich im Jahre 1968 als Nachfolger von Frank Cousins (der selbst ein ehemaliger Präsident und Vizepräsident der ITF war) zum nächsten Generalsekretär der TGWU benannt wurde. An der Spitze der größten Gewerkschaft Großbritanniens nahm Kollege Jones eine äußerst einflußreiche Position in der britischen Gewerkschaftsbewegung ein. Anlässlich seines Ausscheidens aus seinem Amt fand in London eine Sonderfeier statt, an der prominente Persönlichkeiten teilnahmen. Auf dieser Feier wurde Jack Jones in Anerkennung seiner langjährigen Verdienste das Goldabzeichen der TGWU verliehen.

In der ITF werden wir jedoch noch weiterhin mit Jack Jones' Mitarbeit rechnen können, da er bis zu unserem 33. Kongreß im Jahre 1980 der Vizepräsident unserer Föderation und Mitglied des Vorstandes und des Geschäftsführenden Ausschusses bleibt.

Der Nachfolger des Kollegen Jones ist Arthur Mostyn Evans, ein 52 Jahre alter Waliser, der bis zu seiner Wahl zum Generalsekretär der TGWU für die Betreuung der Arbeitnehmer in der britischen Autoindustrie zuständig war.

Henri Bernard hat sein Amt als Generalsekretär des Gewerkschaftlichen Beratenden Ausschusses der OECD niedergelegt, um eine Position im Staatlichen Energieausschuß Belgiens anzutreten. Sein Nachfolger ist der 32-jährige Finne Kari Tapiola, ein ehemaliger internationaler Sekretär des Finnischen Gewerkschaftsbundes (SAK).

Raymond Decoudun, Präsident der Französischen Föderation des technischen und aufsehenden Eisenbahnpersonals (FMC), ist in Anerkennung seiner Verdienste das Croix de Chevalier der Fremdenlegion verliehen worden. Wir gratulieren.

Paul Drozak, Vizepräsident der amerikanischen Seeleutegewerkschaft SIU, ist am 9. März im Alter von 50 Jahren gestorben.

R. Fleming ist als Nachfolger des verstorbenen Kollegen John Thompson zum Stellvertretenden Zentralsekretär der Britischen Seeleutegewerkschaft (NUS) gewählt worden.

Svend From-Andersen, ehemaliger Vorsitzender der Dänischen Seeleutegewerkschaft, feierte am 4. April seinen 70. Geburtstag. Er war von 1954 bis 1967 Mitglied des Ausschusses der ITF-Seeleutesektion.

M. Gérard Gomez und Jean Chambon sind zum Präsidenten bzw. Generalsekretär der Französischen Gewerkschaft des Kabinenpersonals gewählt worden. Michel Abraham, ein Mitglied des Ausschusses der ITF-Sektion Zivilluftfahrt, wurde zu einem der Stellvertretenden Generalsekretäre der genannten Gewerkschaft gewählt.

Paul Hall, Präsident der amerikanischen Seeleutegewerkschaft SIU, ist zum Vorsitzenden des Beratenden Ausschusses für Sozial- und Handelspolitik ernannt worden, der zusammen mit 2 anderen Ausschüssen die amerikanische Regierung über Handelspolitik berät.

Jørgen Hansen, Vizepräsident der Dänischen Gewerkschaft der Funkoffiziere feierte am 10. April d.J. seinen 50. Geburtstag. Wir gratulieren.

Jo de Later, ehemaliger Vizepräsident der Niederländischen Transportarbeitergewerkschaft (NVV), ist am 22. März im Alter von 76 Jahren verstorben. Kollege de Later wurde 1945 hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär, als er zum Vorsitzenden der Zweigstelle Rotterdam der ehemaligen Niederländischen Eisenbahner- und Straßenbahnergewerkschaft ernannt wurde. 1949 wurde er Vizevorsitzender dieser Organisation. Im Jahre 1956 wurde seine Gewerkschaft Teil der neugebildeten Niederländischen Transportarbeitergewerkschaft, und Kollege de Later übernahm den Vorsitz der Abteilung Straßen-transport. Seine Wahl zum Vizepräsidenten der NVV erfolgte im Oktober 1963. Er verblieb bis zu seinem Rücktritt im Jahre 1966 in diesem Amt.

William Lindner ist zum Internationalen Vizepräsidenten der Amerikanischen Transportarbeitergewerkschaft (TWU) gewählt worden.

John Newman ist der neue Stellvertretende Generalsekretär der Britischen Offiziersgewerkschaft (MNAOA). Bisher war Kollege Newman Leiter der MNAOA-Verhandlungsabteilung. Er ist der Nachfolger des aus gesundheitlichen Gründen ausscheidenden Kollegen A.R. Begg, der seit Juni 1971 als Stellvertretender Generalsekretär fungierte und auch seit 1974 Mitglied des Ausschusses der ITF-Seeleutesektion ist.

Erik Olsen hat den Vorsitz der Verkehrsabteilung der Dänischen Transportarbeitergewerkschaft (SiD) nach nur sechs Monaten aufgegeben. Sein Nachfolger ist Arne Kruse, ehemaliger Kassenwart der genannten Abteilung. Der neue Kassenwart ist der Kollege Eli Seiding.

Erling Tollerud, hauptamtlicher Kassenwart der Norwegischen Seeleutegewerkschaft, war am 21. März d.J. 60 Jahre alt. Wir gratulieren.

BEVORSTEHENDE TAGUNGEN

Technischer Ausschuß des Kabinenpersonals	-	London, 12.-13. Juni 1978
Technischer Ausschuß des Flugdeckpersonals	-	London, 12.-13. Juli 1978
Geschäftsführender Ausschuß	-	London, 25. Juli 1978

* WEITERE INFORMATIONEN ÜBER DIE *
* IN DIESER NUMMER DER ITF-NACH- *
* RICHTEN ENTHALTENEN MITTEILUNGEN *
* SIND VOM ITF-SEKRETARIAT AUF *
* ANFRAGE ERHÄLTlich! *

IBFG-MANIFEST ZUM 1. MAI

Als die internationale Arbeiterbewegung den ersten Mai zu dem Tag machte, an dem überall in der Welt die Arbeiter für ihre Forderungen und Wünsche demonstrieren sollten, handelte sie aus dem bedeutendsten Grundsatz der Gewerkschaften heraus: Solidarität, die an den Landesgrenzen nicht haltmachen darf, wenn die Bewegung jemals ihre Ziele erreichen soll.

Heute ist es ganz besonders angebracht, an die ursprüngliche Mai-Botschaft zu erinnern. Wir müssen mehr denn je zusammenstehen, wenn wir uns in einer Welt, die immer mehr verflochten ist, weiter behaupten wollen. Wir wissen alle über die Multinationalen Bescheid. Aber auch wenn es sie nicht gäbe, würden die modernen Produktions-, Kontroll- und Kommunikationsmittel es jedem Land unmöglich machen, die vollständige Kontrolle über seine Angelegenheiten zu behalten.

In dieser Zeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten müssen wir uns dies ständig vor Augen halten. Wenn die Arbeitslosigkeit um sich greift, wenn jeder Mann und jede Frau um ihren Lebensstandard fürchten muß (oder alle Hoffnung aufgeben muß, jemals genug zu essen zu haben), dann ist die Versuchung groß, die Solidarität zu vergessen und zu sagen, den Letzten sollen die Hunde beißen. Es gab zugegebenermaßen in der Vergangenheit Fälle, bei denen die Gewerkschaften die internationale Solidarität in kritischen Zeiten vergaßen. Aber die bloße Tatsache, daß jedem Dämpfer, jedem Fehlschlag neue Versuche zur Festigung der weltweiten Solidarität der Arbeitnehmer folgen, macht deutlich, daß wir ohne sie nicht weiter kommen.

Heute ist unsere Solidarität noch nicht in Gefahr. Aber wenn wir nicht bald einen wirtschaftlichen Aufschwung erleben, könnte dies noch eintreten. Wie immer schadet die Krise am meisten den Arbeitnehmern und ihren Familien. Deshalb laßt uns unsere Kräfte nicht im Kampf gegeneinander, im Streit um die Stücke eines schrumpfendes Kuchens, verzetteln.

Laßt uns zusammen fordern, daß mehr Wohlstand, und zwar Wohlstand der richtigen Art, geschaffen wird und die Einkommen gerechter verteilt werden. Wir wissen, daß diese Ziele erreicht werden können und welcher Weg dazu beschritten werden muß.

Nach vier Jahren wirtschaftlicher Schwierigkeiten müssen wir jedoch feststellen, daß unsere Forderungen sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene nicht gehört werden. Wir müssen unsere Stimmen noch mehr erheben, um sie lautbar zu machen, um die Regierungen und die um ihre Gewinne und Vorrechte bangenden Arbeitgeber zur Aktion zu bewegen.

Aus diesem Grunde hat der Internationale Bund Freier Gewerkschaften beschlossen, in diesem Jahr eine weltweite Beschäftigungskampagne einzuleiten, die zumindest bis zu unserem nächsten Kongreß im Jahre 1979 und - falls erforderlich - länger dauern wird.

Wir hoffen, daß unsere Botschaft auf allen Versammlungen zum 1. Mai gehört wird: "Die Arbeitslosigkeit ist ein weltweites Problem. Allein in den Industriestaaten sind 17 Millionen Menschen ohne Arbeit. In den Entwicklungsländern fragen sich 300 Millionen, woher die Nahrungsmittel für die nächste Mahlzeit kommen werden, denn sie haben nur wenig oder überhaupt keine Arbeit.

"Wir alle, die wir dem IBFG angehören, haben beschlossen, im Jahre 1978 unsere Kampagne für das Recht auf Arbeit zu intensivieren und zu koordinieren. So können wir einander helfen. Je mehr Arbeitsplätze vorhanden sind und je mehr die Arbeitnehmer verdienen, desto mehr Inlandserzeugnisse und Einfuhrprodukte können sie kaufen. Solche Verkäufe schaffen an anderer Stelle wieder mehr Arbeitsplätze.

"Heute fördern wir alle in der ganzen Welt unsere Regierungen mit einer Stimme auf: schafft Beschäftigungsmöglichkeiten durch die Steigerung der öffentlichen Ausgaben und bessere Zukunftspläne; damit wird der Welthandel wieder belebt werden. Die armen Länder müssen unterstützt werden, damit sie sich selbst helfen können. Wir rufen die Staats- und Regierungschefs der größten Industriestaaten - USA, Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan und Kanada - auf, so bald wie möglich ein neues Gipfeltreffen durchzuführen, um die Welt durch Verabschiedung der von der internationalen Gewerkschaftsbewegung bereits wiederholt geforderten Maßnahmen aus der Stagnation zu ziehen. Wenn jetzt nichts getan wird, dann werden wir eine Wirtschaftskatastrophe erleben, die der Krise in den 30er Jahren in nichts nachsteht".

Wirtschaftliches Elend ist die Ursache vieler Übel in dieser Welt. Menschen, die einen angemessenen Lebensstandard, eine gute Bildung, Informations- und Meinungsfreiheit genießen, werden Diktaturen nicht so leicht zum Opfer fallen. Es ist eine traurige Wahrheit, daß es meist die sind, deren Dasein bereits kümmerlich genug ist, denen auch noch die Menschenrechte, die politischen und gewerkschaftlichen Rechte genommen werden. Sie werden im Interesse eines Mannes - wie in Paraguay - einer rassischen Minderheit - wie in Südafrika - oder vorsintflutlicher politischer und geschäftlicher Kreise - wie in Chile - unterdrückt und ausgebeutet. Aber machen wir uns keine Illusion, die Diktatoren haben alle einen Verbündeten: die großen Geschäftsinteressen überall in der Welt, die nach billigen, fugsamen Arbeitskräften Ausschau halten. Deshalb müssen die Arbeitnehmer in den Ländern, die sich glücklich schätzen können, freie Gewerkschaften zu haben, im Namen der Armen und Unterdrückten ihre Stimme erheben.

Die Menschheit, die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rechte bilden eine Einheit. Wo das eine nicht vorhanden ist, werden die anderen früher oder später in Gefahr sein.

In den kommunistischen Ländern riskieren die Arbeitnehmer Verfolgung und Strafe, wenn sie bessere Bedingungen fordern. Wenn das von den Kommunisten errichtete politische System irgendeine Rechtfertigung hätte, so wäre es jedoch jene, daß es für ein besseres materielles Wohlergehen der Bevölkerung sorgen würde. Aber das Volk kann nicht "versorgt werden". Was es braucht, ist das Recht und die Gelegenheit, für sich selbst zu sorgen.

Jeder Extremismus ist gefährlich. Das ist ein sehr praktischer Grund dafür, warum wir in der freien Gewerkschaftsbewegung Terrorismus verabscheuen. Er hat nie denen geholfen, in deren Namen er abgeblutet wird. Das Blut Unschuldiger wird umsonst vergossen. Und das Ergebnis sind meist noch stärkere Repression und noch schlimmeres Elend für alle.

Terror fordert gerechte Bestrafung. Aber er kann nicht durch Repression aus der Welt geschafft werden. Man muß ihn seinen Nährboden entziehen. Menschliches Elend, Unwissenheit, Hoffnungslosigkeit und - darüber sollten wir uns in den reichen Ländern klar sein - den Überdruß an einer Gesellschaft, die die Menschen zu anonymen, gestaltlosen Produzenten und Verbrauchern macht, die im Leben keinen Sinn mehr sehen.

Diese Art Wohlstandsgesellschaft haben wir nicht im Sinn, wenn wir eine Belebung der Weltwirtschaft fordern. Wir wollen Wachstum, aber ein Wachstum, das darauf abzielt, all denen, die arbeiten wollen, Arbeit zu geben, das den Armen besser stellt und nicht nur den Reichen noch reicher macht.

Wachstum heißt nicht nur mehr Autos, mehr Kraftwerke, noch schnellere Flugzeuge. Wachstum bedeutet auch bessere Bildung und besseres Gesundheitswesen, bessere und gesündere Arbeitsumwelt, Abschaffung von schmutzigen, gefährlichen oder unangenehmen Arbeiten, bessere Wohnungen, mehr Parks und Erholungsmöglichkeiten. Wenn wir zum Mond fliegen können, warum können wir diese Dinge nicht auf der Erde erreichen.

Als ein Mittel zur Überwindung der Arbeitslosigkeit haben wir die Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Aber darüber hinaus ist dies auch ein Ziel, das wir im Interesse eines besseren Lebens für die Arbeiter verfolgen müssen. Für ein solches, reicheres Leben ist auch wesentlich, daß wir den Kampf für mehr Demokratie am Arbeitsplatz fortsetzen. Jedes Land muß für sich selbst beschließen, welche Form diese Demokratie haben sollte - das Ziel ist das gleiche: die Arbeitnehmer müssen als verantwortliche Personen behandelt werden, die ein Recht auf Beteiligung an allen Entscheidungen der Betriebe haben.

Für die Entwicklungsländer muß Wachstum zuallererst Nahrung, Kleidung, Wohnung, grundlegende sanitäre Einrichtungen und Bildung bedeuten. Von Anfang an müssen die Arbeiter und die arme Landbevölkerung in die Planung und Überwachung der Programme einbezogen werden, damit sie sicherstellen können, daß das Wachstum für das Volk und nicht für die Herren da ist.

Um diese Ziele zu erreichen, brauchen wir eine neue Weltwirtschaftsordnung. Die Macht der Multinationalen, Produktion und Gelder nach Belieben zu verschieben, muß gezügelt werden. Neue Verfahrensregeln für den Welthandel müssen aufgestellt, neue Normen für die Entwicklungshilfe gesetzt werden. Der Weltwährungsfonds muß reformiert werden; er sollte die wirtschaftliche Entwicklung fördern, nicht hemmen. Der IBFG hat zu all diesen Punkten Vorschläge gemacht und wir werden sie weiter vorbringen.

Der wichtigste praktische Schritt, der unternommen werden muß, ist eine weltweite Koordinierung der Investitionen, an der Regierungen, Arbeitgeber und Gewerkschafter beteiligt sein müssen. Es gilt zu verhindern, daß die Welt von einer Strukturkrise in die andere geht. Wir wollen eine internationale Arbeitsteilung, die allen Arbeit gibt, nicht eine, die durch den Wettbewerb aller gegen alle zu Rückschritten führt.

Das Recht auf Arbeit für jeden, das ist das Motto dieses 1. Mai 1978. Laßt uns gemeinsam dafür kämpfen und für die vielen Millionen sprechen, die ihre Stimmen aus Angst vor Unterdrückung nicht erheben können oder nicht zu erheben wagen.

ITF-Eingabe über Gruppierungen von Luftfahrtsgesellschaften
an den IIME-Ausschuß der OECD

Die ITF hat im Einvernehmen mit dem Gewerkschaftlichen Beratenden Ausschuß (TUAC) der OECD, unter Bezug auf die OECD-Richtlinien für Multinationale Unternehmen eine Eingabe über den Mangel an Rücksprache- und Verhandlungsmöglichkeiten auf Ebene der Gruppen ATLAS und KSSU gemacht.

Die eigentliche Unterbreitung der Eingabe erfolgte am 11. April in Paris auf einer Rücksprachesitzung des OECD-Ausschusses über Internationale Investitionen und Multinationale Unternehmen (IIME). Arbeitgeber und die Arbeitnehmer sind auf Ebene der OECD im Beratenden Ausschuß für Handel und Industrie (BIAC) bzw. im Gewerkschaftlichen Beratenden Ausschuß (TUAC) vertreten, und können im IIME-Ausschuß, der sich aus Regierungsvertretern der 24 OECD-Mitgliedsstaaten zusammensetzt, ihre Ansichten bezüglich der Anwendung der OECD-Richtlinien für Multinationale Unternehmen vortragen. Der IIME-Ausschuß ist aufgrund dieser Richtlinien verpflichtet, diesen Ansichten in seinen Berichten an den OECD-Rat Rechnung zu tragen.

Die jährlichen Rücksprachesitzungen mit genannten Beratenden Ausschüssen (der TUAC hat beantragt, daß solche Sitzungen in kürzeren Zeitabständen einberufen werden sollten) bieten den auf Ebene der OECD vertretenen Gewerkschaften Gelegenheit, Beschwerden über die Nichtanwendung der OECD-Richtlinien vorzutragen, Fragen bezüglich der Auslegung und des Anwendungsbereiches dieser Richtlinien zu klären und auf etwaige Mängel der Richtlinien zu verweisen.

Die ITF war auf der Anhörsitzung durch folgende Personen vertreten: Ben Kok (Vorsitzender der Abteilung Luftfahrt bei der Niederländischen Föderation des Verkehrspersonals (NVV/NKC), Raymond Deseau und Ove Johansson (Vorsitzende der ITF-Ausschüsse der Gruppen ATLAS bzw. KSSU) und Ken Golding (ITF-Sekretariat). Ben Kok handelte als Sprecher der ITF und beantwortete die zu unserer Eingabe gestellten Fragen der Regierungsvertreter.

Einführend betonte er, daß die Gewerkschaften auf nationaler Ebene im allgemeinen in der Lage seien, innerhalb der betreffenden Luftfahrtsgesellschaften von guten Einrichtungen für gemeinsame Rücksprache und Mitbestimmung Gebrauch zu machen. Er fuhr wie folgt fort: "Wir können jedoch nicht verstehen, warum Gruppierungen von Luftfahrtsgesellschaften sich kategorisch weigern, mit Gewerkschaftsvertretern auf Gruppenebene über Gruppenbeschlüsse Rücksprache zu halten und zu verhandeln."

Er sagte, die den Gruppen ATLAS und KSSU angehörenden Unternehmen seien an einer multinationalen Tätigkeit beteiligt, die sich unmittelbar auf die Beschäftigungsbedingungen und die Arbeitgeber/Arbeitnehmer-Beziehungen bei den einzelnen Luftfahrtsgesellschaften auswirke. Beispiele hierfür seien: die Vereinbarungen zwischen den Unternehmen der Gruppen inbezug auf: den Austausch von Personal und Flugzeugen; die Verwendung gemeinsamer Einrichtungen für die Wartung

von Flugzeugen; die gemeinsame Abfertigung von Flugzeugen und Fluggästen und die an Bord verabreichten Speisen und Getränke. Aus diesem Grunde seien die Gewerkschaften der Ansicht, daß ihre auf nationaler Ebene bestehenden Verhandlungsrechte ausgedehnt werden müssen, um eine Rücksprache und Stellungnahme seitens der Gewerkschaften auf Gruppenebene zu ermöglichen. Eine solche Ausdehnung liege auch im Interesse der Luftfahrtsgesellschaften selbst, wenn es ihnen darum gehe, unnötige Spannungen und Konflikte zu vermeiden.

Abschließend erklärte Kollege Kok: "Die ITF und die ihr angeschlossenen Luftfahrtsgewerkschaften der Gruppen ATLAS und KSSU sind nach Rücksprache mit dem TUAC der Ansicht, daß sich die OECD-Richtlinien auch auf Gruppierungen von Luftfahrtsgesellschaften beziehen und somit von diesen Gruppierungen befolgt werden sollten -- einschließlich der sich mit Beschäftigung und Arbeitgeber/Arbeitnehmer-Beziehungen befassenden Passagen."

Obwohl es noch einige Zeit dauern mag, bevor der IIME-Ausschuß hierüber eine formelle Erklärung abgibt, hat die Eingabe der ITF den sehr nützlichen Zweck erfüllt, daß die Regierungen auf den diesbezüglichen Sachverhalt aufmerksam gemacht worden sind.

-----0000000000-----